

Hitzige Debatte um die Quote

KULTUR-STADT-LEV Fachausschuss beantragt eine Begrenzung der Honorarstellen an der Musikschule

VON STEFANIE SCHMIDT

Die Vorsitzende musste mehrfach die zuletzt viel beschworene Solidarität der Leverkusener Kulturschaffenden anmahnen. „Der Fachausschuss sollte ein Zeichen der Einigkeit setzen“, forderte Roswitha Arnold (Grüne) im Betriebsausschuss der Kultur-Stadt-Lev. „Wenn nicht wir, wer setzt sich dann dafür ein, die Kultur zu erhalten?“

Doch die Diskussion im Sitzungsraum Rhein des Rathauses blieb hitzig. Im Mittelpunkt: Die von CDU, Grünen und Opladen Plus geforderte Quote für Anstellungen an der Musikschule. Der Rat solle ein Verhältnis von mindestens 74 Prozent Festangestellten zu 26 Prozent Honorarkräften festschreiben. Derzeit liege die Quote bei etwas mehr als 20 Prozent Honorarkräften – und nicht bei 35 Prozent, wie der Wirtschaftsprüfer KPMG in seinem Gutachten schrieb, betont die CDU. Als Einsparmaßnahme schlug KPMG eine Verdopplung der günstigeren Honorarkräften zulasten von Festanstellungen an. „Das würde betriebsbedingte Kündigungen bedeuten“, sagte Bernhard Marewski (CDU) entrüstet.

Ohne Entlassungen realisierbar

Zwei Festangestellte gehen in den nächsten Jahren in Rente; würden diese durch Honorarkräfte ersetzt, wäre eben jene Quote von 26 Prozent erreicht. „Das ist ohne Entlassungen realisierbar und das Maxi-



Musiklehrer Ludovit Stranianek geht bald in Rente, seine Festanstellung soll durch eine Honorarkraft ersetzt werden.

Foto: Ralf Krieger

mum, was vertretbar ist“, begründete Marewski den Antrag auf eine Festschreibung.

Die SPD lehnte das ab und forderte eine Vertagung. „Wir wollen ein Gesamtkonzept für die Kultur in Leverkusen, über das erst entschieden wird, wenn alle Vorschläge auf dem Tisch liegen“, sagte Heike Bunde. „Das geht nicht, wenn vorher schon Pflöcke eingeschlagen werden.“ Marewski wollte sich aber „keinen Maulkorb verpassen lassen“. Die Anstellungs-

verhältnisse in der Musikschule seien der einzige Posten in dem KPMG-Gutachten, in dem es konkret um Arbeitsplätze gehe, deswegen müsse hier entschieden gehandelt werden. „Damit stärken wir der Musikschule den Rücken.“

Musikschulleiter will die Quote

Die FDP lehnt die Quote komplett ab. „Das ist kein Rückenstärken, sondern eine Entmündigung des Musikschulleiters“, sagte Monika Ballin-Meyer-Ahrens. Musik-

schulleiter Jürgen Ohrem leiste sehr gute Arbeit und solle frei entscheiden können, wie er seine Leute anstelle. Genau das könne er ohnehin nicht, entgegnete Ohrem dann selbst. „Es gibt immer Leute mit höherer Kompetenz: die Kulturstadt, der Bürgermeister.“ Deswegen sei er für die Quote: „Sie ist das geringere Übel“. Als zuletzt eine Festangestellte in Rente ging, habe er die Wahl gehabt, die Stelle bis zur Neubesetzung für ein Jahr ruhen zu lassen – oder direkt zwei

Honorarkräfte zu nehmen. „Wenn ich einen Stelle ein Jahr lang nicht besetze, ist das betroffene Orchester tot – also habe ich natürlich die Honorarkräfte genommen.“ Er wolle die Quote zum jetzigen Zeitpunkt als klares Signal an die Mitarbeiter: Bis hierhin gehen wir die Einsparmaßnahmen mit, aber danach muss Schluss sein. Ob er dieses Signal senden will, muss nun der Stadtrat entscheiden: Der Antrag wurde gegen die Stimmen von SPD und FDP angenommen.

Museums-Jahreskarte

Abgelehnt wurde im Ausschuss der Antrag der FDP auf eine aktive Verkaufsaktion von Jahreskarten für das Museum Morsbroich und eine Preiserhöhung von derzeit 17,50 Euro auf 25 Euro. „Das ist im Vergleich mit ähnlich großen Städten immer noch günstig“, argumentierte Monika Ballin-Meyer-Ahrens.

Die FDP glaubt, mit verstärktem Marketing die Verkaufszahl von derzeit 13 Jahreskarten auf 10 000 erhöhen zu können – ein Plus von jährlich 250 000 Euro. Dafür müsse man aber genau jetzt mit der Werbeaktion beginnen. „Jetzt laufen die Proteste, jetzt sind alle geweckt, in ein paar Monaten haben wir die Sympathiewelle verpasst“, appelliert Ballin-Meyer-Ahrens.

Die Preisanhebung stieß im Kulturausschuss auf allgemeine Ablehnung. „Wenn wir mehr Leute im Museum wollen, dürfen wir es nicht teurer machen“, sagte Heike Bunde (SPD).

Mehr Werbung für die Jahreskarte zu machen hielten einige Politiker dagegen für sinnvoll – allerdings ohne jetzt Geld in eine Kampagne zu investieren. „Ich glaube wirklich, dass viele Leute nicht wissen, dass es für so kleines Geld eine Jahreskarte gibt“, sagte Manfred Schröder von der Bürgerliste und schlug den Anwesenden vor, zu Geburtstagen künftig häufiger Mal eine Jahreskarte anstelle eines Blumenstraußes zu verschenken. (stes)